

Religionsfreiheit Ist es statthaft, das Schächten zu verbieten? Oder ultraorthodoxe Juden zum Wehrdienst zu verpflichten? *Von Peter Singer**

Oft beschworen, oft missbraucht

Wann ist es zulässig, die Religionsfreiheit einzuschränken? Die Chefin der niederländischen Partij voor de Dieren sagt: «Die Religionsfreiheit hört da auf, wo das Leiden von Menschen oder Tieren beginnt.» Die Partei fordert in einem Gesetzesantrag, dass alle Tiere vor dem Schlachten zu betäuben sind. Muslimische und jüdische Verbände lehnen die Initiative als Bedrohung ihrer religiösen Freiheit ab. Ihre Glaubenslehren verbieten es, Fleisch von Tieren zu verzehren, die beim Schlachten nicht bei vollem Bewusstsein waren.

Das niederländische Parlament hat diesen Verbänden nun ein Jahr eingeräumt, um zu beweisen, dass die in ihren Religionen vorgeschriebenen Schlachtmethode nicht mehr Schmerzen verursachen als die Tötung mit Betäubung. Gelingt ihnen der Beweis nicht, wird die Betäubung vor dem Schlachten für zwingend erklärt.

In den USA behaupten katholische Bischöfe, Präsident Obama verletze ihre Religionsfreiheit, weil er allen grossen Arbeitgebern, auch katholischen Spitälern und Universitäten, vorschreibt, ihren Angestellten eine Krankenkasse anzubieten, welche die Empfängnisverhütung übernimmt. In Israel fordern die Ultraorthodoxen eine Geschlechtertrennung in den Bussen, weil es Männern ihrer Auslegung der jüdischen Gesetze nach verboten ist, Frauen zu berühren, mit denen sie nicht verwandt oder verheiratet sind. Zudem verwahren sie sich gegen das Regierungsvorhaben, die 63 000 Studenten religiöser Hochschulen nicht länger vom Wehrdienst zu befreien.

Genau betrachtet

Wenn es Menschen nicht erlaubt ist, ihre Religion auszuüben - etwa durch Gesetze, die bestimmte Formen der Andacht verbieten -, wird ihre Religionsfreiheit zweifellos verletzt. Ein Verbot der rituellen Schlachtung von Tieren hindert Juden oder Muslime aber nicht an der Ausübung ihrer Religion. Der Oberrabbiner der Niederlande sagte zu der Initiative: «Wenn wir keine rituellen Schlachtungen mehr durchführen können, werden wir aufhören Fleisch zu essen.»

Das sollte man tatsächlich tun, wenn man sich zu einer Religion bekennt, die verlangt, dass Tiere auf weniger tiergerechte Art geschlachtet werden, als es heute möglich ist. Weder Islam noch Judentum verpflichten zum

Verzehr von Fleisch. Ich selbst habe vor 40 Jahren beschlossen, aus ethischen Gründen auf Fleisch zu verzichten.

Wenn Frauen und Männer in einem Bus sitzen dürfen, wo sie möchten, ist das kein Verstoß gegen die Religionsfreiheit orthodoxer Juden, weil die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel im israelischen Gesetz nicht vorgeschrieben ist. Es ist eine Annehmlichkeit, auf die man auch verzichten kann.

Auch die Auflage der Regierung Obama, eine Krankenkasse zur Verfügung zu stellen, welche die Pille übernimmt, hindert Katholiken nicht an der Ausübung ihrer Religion. Schliesslich verpflichtet der katholische Glaube seine Anhänger nicht dazu, Spitäler und Universitäten zu leiten - und Pfarreien und Diözesen sind von der Vorschrift ausgenommen. Wenn die Kirche die verlangte Versicherungsleistung auf keinen Fall anbieten will, kann sie ihre Spitäler und Universitäten abgeben.

Weder Judentum noch Islam verpflichten zum Fleischessen. Man kann darauf verzichten.

Die Streitfrage um die Befreiung vom Wehrdienst aus religiösen Gründen ist schwieriger zu klären, weil manche Religionen Pazifismus lehren. Dieses Problem wird normalerweise gelöst, indem alternative Dienste geleistet werden können, die nicht weniger mühsam sind. Das Judentum ist jedoch nicht pazifistisch. Die Ultraorthodoxen verteidigen ihre Freistellung vom Wehrdienst mit dem Argument, dass das Thorastudium für das Wohlergehen Israels genauso wichtig sei wie der Armeedienst. Darum dürfte sich dieser Streit kaum mit der Alternative eines Zivildiensts beilegen lassen. Es gibt aber keinen Grund, warum die säkulare Mehrheit der Israelis die Auffassung der ultraorthodoxen Gelehrten teilen sollte.

Nicht alle Konflikte zwischen Staat und Religion lassen sich einfach lösen. Die Tatsache, dass es bei den derzeitigen Kontroversen nicht wirklich um die Freiheit geht, seine Religion auszuüben, zeigt jedoch: Die Berufung auf die Religionsfreiheit wird missbraucht.

© Project Syndicate 2012

* Peter Singer ist Professor für Bioethik an der Princeton University.